

Bierstädter Zeitung

Anzeiger für das blaue Ländchen

Amtsblatt

Anzeiger für das blaue Ländchen

Erscheint 3 mal wöchentlich
Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis monatlich 2.— Mk., durch die
Post vierteljährlich 6.— Mk. und Postgeld.

Umfassend die Ortschaften:
Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dellenheim, Diedenbergen,
Erbenheim, Hefloch, Kloppeheim, Massenheim, Medenbach,
Naurod, Nordenstadt, Rambach, Sonnenberg, Wallau, Wildschafen.

Der Anzeigenpreis beträgt: für die kleinspaltige
Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg. Reklamen
und Anzeigen im amtlichen Teil werden pro
Zeile mit 1,50 Mk. berechnet. Eingetragen
in der Postzeitungsliste unter 1110 a.

Redaktion und Geschäftsstelle: Bierstadt, Ecke Moritz- und Röderstraße. Fernruf 2027. Redaktion, Druck und Verlag: Heinrich Schulze, Bierstadt.

Nr. 89.

Dienstag den 3. August 1920.

20. Jahrgang.

Chronik des Tages.

Was jedermann wissen muß.

Der Reichstag hat den Gesetzentwurf über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung nach eingehender Debatte einen Ausschuss überwiesen.
Nach einer Meldung des „Berliner Tageblattes“ hat die Völkervereinigung den Weichselstreifen mit einer Reihe von Ortschaften den Polen zugesprochen.
Die Eisenbahnerverbände haben mit einem Demonstrationsstreik gedroht, falls der Reichstag ihre Forderungen nicht erfüllt.
Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichswirtschaftsrats hat die Aufhebung der Beschlagnahme der Herbstkartoffeln einstimmig beschlossen.
Die französische Kammer hat das Kohlenabkommen und damit auch die Vorschläge an Deutschland genehmigt.
Die polnischen und die russischen Waffenstillstandsunterhändler sind am Freitagabend zur ersten Zusammenkunft in Baranowitsch eingetroffen.
Bei Proßken (Schlesien) haben 40 polnische Offiziere und 2000 Mannschaften die deutsche Grenze überschritten. Sie sind entwaffnet und ins Internierungslager nach Arns geschickt worden.

Die Folgen von Spaa.

Wenn auch der Vertrag von Versailles von Anfang an das Interesse des deutschen Volkes im höchsten Maße in Anspruch genommen hat, so sind die Erörterungen doch bisher in der Hauptsache nur akademischer Natur gewesen. Man sah die Dinge zwar kommen, aber man spürte sie noch nicht am eigenen Leibe. Nunmehr beginnen sie aber in ein anderes Stadium zu treten. Es wird ernst. In der Freitagssitzung des Reichstages ist die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft und damit das deutsche Heer als Institution zu Grabe getragen worden. Und für die in Spaa beschlossene Entwaffnungsaktion sind bereits alle Vorbereitungen getroffen worden. Ein Reichskommissar mit diktatorischen Befugnissen wird aufgestellt, der zu tiefen Eingriffen in das Privatleben berechtigt ist, und Strafen bis zu 300 000 Mark oder Gefängnisstrafen nicht unter drei Monaten werden angeordnet für denjenigen, der in seinem Besitze befindlichen Waffen nicht bis zu einem bestimmten nach festzusetzenden Zeitpunkt abgeliefert hat. Das sind von unseren ehemaligen Kriegsgegnern erzwungene Maßnahmen, die uns das Ende unserer Niederlage erst mit voller Deutlichkeit zum Bewußtsein bringen.

Noch empfindlicher werden die kommenden Einschränkungen wirtschaftlicher Art in unser tägliches Leben eingreifen. Dazu gehört vor allen Dingen das Kohlenabkommen, das nun auch in der französischen Kammer nach Überwindung festigen Widerstandes angenommen worden ist. Millerand hat diese Einwilligung der Kammer mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität abringen müssen, als ob die Franzosen uns damit einen großen Gefallen tun würden. Es wäre uns lieber, wenn sie ihr Geld und wir unsere Kohlen behalten könnten. Und nun ist gleichzeitig eine Denkschrift über unsere finanzielle Lage in den Reichstag gelangt, in der der Reichsfinanzminister ein wenig erbauendes Bild entwirft. Wir sollen einen Jahresbedarf von tausenden Ausgaben von 25 Milliarden Mark decken, und die Gesamtausgaben für 1920 beziffern sich auf nicht weniger als rund 53 Milliarden. Alles das zusammengekommen gibt uns einen Vorgeschmack von den Verwicklungen der Zukunft. Aber die aus Wunderbare grenzenden Leistungen des deutschen Volkes im Weltkriege berechtigen uns zu der stolzen Gewissheit, daß auch die Verträge von Versailles und Spaa uns nicht unterliegen werden.

Deutschlands finanzielle Verfallung.

Wir sollen jährlich 6 Milliarden zahlen.
Bertinax veröffentlicht im „Echo de Paris“ einen Artikel über die Verhandlungen in Othye und Boulogne, aus dem folgendes bemerkenswert ist: Um die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles, was die Wiedergutmachung anlangt, zu erreichen, werden die Alliierten versuchen, deutsche Anleihen auf dem internationalen Geldmarkt unterzubringen, und zwar nach folgenden Grundsätzen:

Die Wiedergutmachungskommission wird alle Anleihen und Finanzoperationen des deutschen Schatzes im Ausland kontrollieren. Das Ergebnis dieser Anleihen wird von Deutschland zur Zahlung der Wiedergutmachungssumme verwendet werden, ein Fünftel aber wird Deutschland zur Befriedigung seiner Lebensbedürfnisse verwenden können. Als Garantie für diese Anleihen wird ein Depot deutscher Industriewerte, die Einnahmen der deutschen Zollbehörden, die Zahlungen Deutschlands, die noch nicht endgültig dem einen oder anderen der Alliierten überwiesen worden sind, und eventuell der Erbs aus den deutschen Quellen dienen. betreffs da-

ren der Art. 248 des Vertrages von Versailles den Alliierten ein Privileg gewährt. In dem Art. 248 handelt es sich um alle Einkünfte des Deutschen Reiches und der Einzelstaaten.

Die alliierten Regierungen werden nunmehr die Wiedergutmachungskommission ersuchen, die Höhe der Gesamtsumme festzusetzen, die Deutschland den Alliierten schuldet, sowohl die Gesamtsumme, als auch die Modalitäten der Jahreszahlungen. Die alliierten Regierungen haben ihrerseits eine feste Zahl unter sich vereinbart, unter der sie kein Kompromiß eingehen werden. Die alliierten Regierungen haben sich zugunsten von zweiundvierzig feststehenden Jahreszahlungen von je drei Milliarden Goldmark ausgesprochen, zu denen noch von 1926 ab siebenunddreißig weitere Jahresraten kommen sollen, die sich stufenweise von vier zu fünf Jahren erhöhen. Die Summe, deren Zahlung auf diese Art und Weise vorgesehen ist, beläuft sich bis zum Jahre 1933 auf zweihundertfünfzig Milliarden Franken.

um pro vier Quadrat zu entledigen, müßte Deutschland während des angegebenen Zeitraumes durchschnittlich jährlich sechs Milliarden bezahlen.

Verfallung — Spaa — Genf.

Das „Echo de Paris“ steht den Pariser Regierungskreisen nahe, seine Angaben sind daher wohl als offiziös anzusehen. Auch in der Wiedergutmachungsfrage soll uns also ein Diktat der Entente vorgelegt werden. Man fragt sich da mit Recht, ob wir unter diesen Umständen noch nach Genf gehen sollen. Die Entente will ja nicht verhandeln, sondern ihre Diktatpolitik von Spaa fortsetzen und Deutschlands Verfallung vollenden. Die Hoffnungen, mit denen die deutsche Delegation nach Spaa gegangen ist, sind, wie Reichskanzler Fehrenbach im Reichstag ausführte, zerschellt. Nach den Erfahrungen von Spaa werden die deutschen Delegierten den „Verhandlungen“ in Genf noch geringere Hoffnungen entgegenbringen müssen. Die Milliardenforderungen des „Echo de Paris“ übersteigen nicht nur selbst die weitgespanntesten Erwartungen auf die deutsche Zahlungsfähigkeit, sondern auch die früher auf der Ententesseite genannte Summe, die sich schon in der ungeheuren Höhe von etwa 120 Milliarden Mark bewegte. Deutschland kann selbstverständlich diese wahnwitzigen Ansprüche niemals erfüllen, auch wenn Frankreich Marshall Foch mit seinen Truppen ins Ruhrgebiet einmarschieren läßt. Wo nichts ist, da hat auch der Franzose sein Recht verloren.

Die Vorschläge in der französischen Kammer angenommen.

Die französische Kammer hat mit 393 gegen 83 Stimmen den Gesetzentwurf der Regierung, der die Durchführung des Kohlenabkommens von Spaa vorsieht, angenommen. Damit sind auch die von der französischen Regierung an Deutschland zu leistenden Vorschläge für die Bezahlung von Nahrungsmitteln bewilligt worden. Im Senat wird nun das Abkommen ebenfalls ohne Schwierigkeiten angenommen werden. Damit hat Millerand, der „wahre Sieger von Spaa“, wie ihn Dr. Simons genannt hat, auch im französischen Parlament gesiegt und seinem Land die deutschen Kohlen gesichert.

Um den Frieden.

Englands Antwort an Rußland.

Das Zustandekommen der Londoner Friedenskonferenz kann jetzt als gesichert gelten. Die britische Regierung hat das Telegramm Tschitscherins in einer neuen Antwortnote dahin beantwortet, daß England unter der Voraussetzung, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes zwischen Sowjetrußland und Polen bevorsteht, seinen Alliierten vorschlägt, an einer in London abzuhaltenden Konferenz, auf der auch die Sowjetregierung vertreten sein wird, teilzunehmen. Der Hauptzweck der Konferenz sollte die Wiederherstellung des Friedens in Europa sein, und zwar in erster Linie zwischen Polen und Rußland auf Grund von Bedingungen, die die Unabhängigkeit Polens und die berechtigten Interessen auch beider Länder sicherstellen. Die Konferenz sollte auch die noch schwebenden Fragen zwischen Sowjetrußland und den Randstaaten beraten, die noch nicht endgültig mit Rußland Frieden geschlossen hätten. Nach der Regelung dieser Fragen würde die Konferenz dazu übergehen, sich mit den zwischen Sowjetrußland und den Alliierten schwebenden Streitfragen und der Wiederherstellung normaler Beziehungen zwischen ihnen zu befassen.

Erweiterung der Aufgaben Krassins?

Außer dieser von Lloyd George im Unterhause

verlesenen Depeche an Mussano ist am 20. Juni eine weitere wichtige Depeche abgegangen. Die englische Regierung erklärt sich darin unter Bezugnahme auf Rußlands Antwort betreffs des Waffenstillstandsangebots bereit, die Kesse Kamenews, Krassins und Miljutins zu erleichtern, und schlägt vor, daß die genannten Persönlichkeiten ermächtigt werden sollen, nicht nur über die Handelsbeziehungen, sondern auch über vorläufige Abmachungen wegen der in Aussicht genommenen Friedenskonferenz zu beraten.

Rußland verlangt Gleichberechtigung.

Krassins sagte in einer von der „Daily Mail“ veröffentlichten Unterredung, Sowjetrußland werde keine Einmischung bezüglich der Regierung oder der staatsrechtlichen Stellung irgend eines Teiles des ehemaligen russischen Reiches einschließlich Mittelasien und des Kaukasus dulden. Er erklärte ferner, die russischen Delegierten müßten auf der Konferenz in London als gleichberechtigt behandelt werden.

Die Kämpfe in Polen.

Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen in Baranowitsch.

Die polnischen Parlamentäre, ein Oberstleutnant mit zwei Offizieren und einem Soldaten, trafen am Freitag um 2 Uhr nachmittags bei den russischen Vorposten ein. Sie wurden an der Chauffee von Baranowitsch-Brest-Litowsk von den Russen in Empfang genommen und nach Baranowitsch gebracht, von wo sie im Automobil nach dem Standquartier des Generalstabschefs Tolkatschewski fuhren. Am 7 Uhr trafen sie dort ein und überreichten ihre vom polnischen Generalstabschef General Rozwadowski ausgestellten Vollmachten. Die erste offizielle Besprechung der Unterhändler, bei der die Bedingungen des Waffenstillstandes bekannt gegeben wurden, fand am Sonnabend vormittag statt.

Der polnische Heeresbericht.

Warschau, 31. Juli. Polnischer Heeresbericht vom 30. Juli: Die bolschewistische Kavallerie bewegt sich in westlicher Richtung und hat Ossowiec passiert. Die Vorhuten wurden von unseren Truppen aus Gomza zurückgeschlagen. Die 4. bolschewistische Armee liegt an der Karawitsch. Feindliche Angriffe gegen Wisna an der Eisenbahnlinie Bielostok-Brest-Litowsk wurden abgelehnt. Südlich Bielsk spielten sich Kämpfe ab. Unsere Abteilungen gingen hier zum Gegenangriff über. Unsere polnischen Abteilungen haben bei Brest Stellungen eingenommen. Nachdem sie vier bolschewistische Regimenter zerprengt haben, fühlt man an dieser Stelle der Front keinen Druck mehr. Am Stachod und Styr örtliche Kämpfe. Die Aktion Brody-Radziwow ist noch nicht abgeschlossen. Unsere Gegenangriffe dauern an. Am Sereth wurde der Versuch des Feindes, den Übergang zu erzwingen, vereitelt.

Nach Warschauer Meldungen ist Warschau und Umgebung als Operationsgebiet erklärt worden; die bolschewistische Armee nähert sich dem Bug und bedroht Warschau.

Die polnische Regierung trifft Vorbereitungen, um ihren Sitz von Warschau nach Kalisz zu verlegen. Nach Warschauer Blättern steht Brest-Litowsk vor dem Fall, die Russen sind bis auf 40 Kilometer an Brest-Litowsk herangekommen.

Grenzübertritt polnischer Truppen.

Freitagabend erschienen 40 polnische Offiziere und 2000 polnische Soldaten an der Ostgrenze, von Krajewo kommend, verfolgt von bolschewistischer Kavallerie, und sammelten sich am deutschen Schlagbaum von Proßken. Als die Verhandlungen wegen der Entwaffnung sich verzögerten, bereitete die bolschewistische Kavallerie einen Angriff vor. Die Polen warfen sofort die Waffen weg und wurden in den bereitstehenden Zug gebracht, um nach Arns weiter abtransportiert und dort interniert zu werden. Schwierigkeiten ergaben sich dabei nicht.

Die Unterbringung ist nur eine vorläufige. Es ist geplant, die Polen von dort über See nach dem inneren Deutschland abzuschieben. Da uns der nötige Schiffsraum hierfür fehlt, ist der Vorsitzende der deutschen Delegation in Paris ersucht worden, den nötigen Schiffsraum zum Weitertransport der internierten Truppen anzufordern.

Überall zeigen sich bolschewistische Patrouillen an der Grenze.

Eine unverzügliche Verstärkung des Grenzschatzes muß unbedingt erfolgen, da weitere Uebertritte polnischer Truppenabteilungen zu erwarten sind. Die internierten Truppen sind bekanntlich von der Ostgrenze abgezogen und in Allenstein konzentriert worden. Der Schutz der Grenze wird nur von der Sicherheitspolizei wahrgenommen, die der polnische national-

...gewonnen ist. Der Deutsche Reichskommissar in Allenstein ist deswegen ersucht worden, in ganz besonders dringenden Fällen Reichswehrtruppen an die Plätze heranzuziehen, an denen sich interalliierte Truppen nicht befinden. Der deutsche Vorsitzende der Friedenskommission ist ferner ersucht worden, beim Obersten mit der Genehmigung zu erwirken, daß die Interalliierte Kommission in Allenstein die Ermächtigung erhält, im Einverständnis mit dem deutschen Regierungskommissar jederzeit Reichswehrtruppen heranzuziehen.

Luftverkehrsverbot und Zensur in Polen.

Die polnische Regierung hat alle Luftfahrten, auch solche privater Natur, verboten. Uebertretungen werden mit Arrest bis zu drei Monaten oder Geldstrafen bis zu 3000 Mark bestraft.

In ganz Polen ist die Zensur eingeführt worden. Die polnischen Blätter schreiben von einer Militarisierung der Presse.

Wechsel im polnischen Oberbefehl.

Wie aus militärischen Kreisen verlautet, ist General E. ... (2) schwer erkrankt. Den Oberbefehl der nordöstlichen Front hat General Joseph Haller übernommen.

Politische Rundschau.

— Berlin, 31. Juli 1920.

— In den letzten Tagen wurde beim Postamt 1 in Mainz wieder die Postzensur durch die französische Militärbehörde ausübt. Größte Vorsicht ist daher bei allen Briefsendungen sowohl aus dem unbesetzten als besetzten Gebiet, wie auch umgekehrt, geboten.

— Die 35 Mitglieder starke deutsche Delegation zum Völkervertragungskongress mit Otto Hue an der Spitze ist in Genf eingetroffen. Am Kongress der zweiten Internationalen nehmen 12 deutsche Delegierte teil.

— Die Tarifverhandlungen mit den Telegraphenarbeitern haben vor einigen Tagen zum Abschluß eines Tarifvertrages geführt, der noch der Zustimmung des Reichsfinanzministeriums bedarf. Auch müssen die Lohnsätze noch verfassungsmäßig genehmigt werden.

— Die sozialdemokratischen Parteien, die freien Gewerkschaften und die organisierten Freidenker in Düsseldorf haben einen Schulstreik beschlossen, um die Stadtverwaltung zu nötigen, für die Dissidenten Kinder besondere religionslose Schulsysteme einzurichten.

— **Streikdrohung der Eisenbahner.** Der Haushaltsausschuß des Reichstages beriet am Samstag vormittag die Beschlüsse des Unterausschusses über die Einstufung des Verkehrspersonals in die Besoldungsordnung. Die Vertreter der drei Eisenbahnerverbände hatten ein Ultimatum eingereicht, daß sie einen Demonstrationstreik der Eisenbahner in ganz Deutschland herbeiführen würden, wenn nicht bis Samstag nachmittag 3 Uhr ihre Forderungen erfüllt seien. — Im Hinblick darauf erklärte der Finanzminister, daß er nun seine Bemühungen für eine Verständigung einstellen müsse, weil er dem Druck dieser Organisationen nicht weichen könne. Das gehe gegen die Autorität der Regierung, gegen die Demokratie und das Parlament. — Abg. Erising (Zentr.) beantragte Aussetzung der Verhandlungen, da sich der Ausschuß nicht diesem Diktat der Organisationsvertreter beugen könne. Ähnlich äußerte sich eine Anzahl anderer Redner. Der Ausschuß beschloß darauf, die Verhandlungen über die ganze Angelegenheit abbrechen, bis die Sache geklärt und das Ultimatum förmlich zurückgezogen sei. Die nächste Sitzung wurde für Montag anberaumt.

— **Die Bewirtschaftung von Kartoffeln und Fleisch.** Der Unterausschuß des Reichswirtschaftsrates für Landwirtschaft und Ernährung erklärte sich gegen eine dem Ausschuß zur Begutachtung vorgelegte Verordnung, die als Ueberwachungsmaßnahme und zur Vorherbeibringung

der Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit die Aufhebung der Fleischkarte vorschlägt, die durch eine britische Kundenliste ersetzt werden soll. Anstelle der Kundenliste soll auf Wunsch einzelner Landesregierungen aber auch die Einführung einer Gemeindefleischkarte zulässig sein. Sein Hauptbedenken war, daß durch die Annahme der Regierungsverordnung, die eine Weiterbelieferung der Gasthöfe vorsieht, eine starke Bevorzugung derjenigen Kreise eintreten muß, die in Gasthöfen ihre Mahlzeiten einnehmen. Zwar besteht dieser Zustand tatsächlich heute schon, ihn aber gesetzlich festzulegen, erschien dem Ausschuß bedenklich.

Ueber die Aufhebung der Zwangswirtschaft nach einigen Monaten unter vorläufiger Beibehaltung der Fleischkarte geht das Gutachten des Ausschusses dahin, daß die Aufhebung erst erfolgen soll, wenn gewisse Uebergangsmaßnahmen, wie Schaffung von Fleischreserven, Einfuhr von Futtermitteln und Abschluß von Lieferungsverträgen durchgeführt worden sind. Bezüglich der Kartoffelwirtschaft wurde die Aufhebung der Bewirtschaftung der Herbstkartoffeln einstimmig beschlossen. Auch hier wurde jedoch an die Aufhebung der Zwangswirtschaft die Bedingung geknüpft, daß die Gemeinden durch Abschluß von Lieferungsverträgen ein Quantum von 35 Millionen Zentnern für die städtische Bevölkerung sicherstellen und daß außerdem Vorkehrungen für weitere Kartoffelreserven, mit denen etwa eintretende Notstände bekämpft werden können, getroffen wird. Die Fabrikation von Kartoffelflocken und Kartoffelstärke soll im kommenden Winter in der bisherigen Weise weitergeführt werden, weil auch dadurch Kartoffelreserven gesichert werden.

— **Das rechte Weichselufer Polen zugesprochen?** Ueber die Entscheidung der Entente über das rechte Weichselufer des Abkommensgebietes von Marienwerder erfährt das „Berl. Tageblatt“: Die Völkervertragskonferenz in Paris hat, ohne andere sachliche Unterlagen als die Berichte ihrer Kommissionen, die Entscheidung getroffen, daß ein Streifen des rechten (deutschen) Weichselufers vom Ufferrand bis zu den Bühnentöpfen an Polen abzuwehren ist. Ebenso fallen die Orte Kleinfelde, Außen deich, Neu-Diebenau, Kramersdorf und Johannisdorf als Krüdenköpfe an Polen. Besonders schmerzhaft würde der Verlust des Hafens Kurzebrat, drei Kilometer von Marienwerder, des Hauptumschlaghafens für die Weichsel-Flussverkehr sein. Durch die Entscheidung der Entente ist nicht nur das gesamte Hinterland von der Weichsel abgeschnitten, sondern es ist auch unmöglich, die Instandhaltung der Deiche und der Entwässerungsanlagen durchzuführen. Es ist nach Ansicht des Blattes mit Bestimmtheit zu erwarten, daß die zuständigen Stellen der Alliierten nach dem Wiederzusammentreten der Völkervertragskonferenz diese Entscheidung einer Nachprüfung unterziehen.

Ein österreichisch-ungarischer Zwischenfall.

500 in Zivil gekleidete ungarische Soldaten überfielen die Grenzstadt Fürstfeld in Steiermark, erbeuteten ein österreichisches Waffendepot und räumten 21 Maschinengewehre und 4000 Gewehre und viel Munition. Der Wert der geraubten Waffen wird auf vier Millionen Kronen geschätzt. Der österreichische Gesandte in Budapest hat sofort Protest erhoben und die Bestrafung der Schuldigen sowie die Rückgabe der Waffen gefordert.

Rundschau im Auslande.

— Der König der Belgier hat dem englischen Ministerpräsidenten Lloyd George seine am Rierwaldbadsee gelegene Villa zur Sommererholung zur Verfügung gestellt.

— Camille Huysmans hat sein Amt als Sekretär des Internationalen Sozialistenverbandes niedergelegt.

— In ganz Norwegen sind die Eisenbahner in den Ausstand getreten. Der Verkehr ist völlig lahmgelegt.

— Die Griechen haben die Truppen des türkischen Nationalführers Jasar Tahars vollständig geschlagen. 1000 Türken haben auf der Flucht die bulgarische Grenze erreicht und sind entwaffnet und interniert worden.

Während der andere ihn vor Ueberraschungen sicherte. Auch die Tatsache, daß sie beide an diesem Tische hier gearbeitet haben, spricht dafür.

„Herr Bollhardt, was meinen Sie?“ fragte der Polizeidirektor.

„In Kriminalfällen soll man nicht weniger als in anderen Dingen von Unmöglichkeit reden“, antwortete dieser, „und ich habe deshalb eine Zeitlang daran gedacht, ob dieser brasilianische Diamantenkaufmann Don Gonzalez den Vorfall nicht erfunden hat, um für seine Person und für seine Waren Bekanntheit zu machen. Ich bin aber wieder davon abgekommen. In ein gemeinsames Handeln des Comte von Domines und des Barons von Hellberg vermag ich ebenfalls nicht zu glauben. Wir haben doch noch zu wenig sichere Anhaltspunkte dafür, daß einer von den beiden der Täter ist, wollen also lieber nicht alle beide verdächtigen. Damit zerplitteln wir nur unsere Aufmerksamkeit. Ich meine, wir müssen auf Grund der ermittelten Tatsachen erst recht genau beobachten, dann können wir zu sicheren Schlüssen kommen.“

„Das meine ich auch“, entschied der Polizeidirektor. „Der Gauner ist außergewöhnlich vorsichtig. Er hätte auch aus den nachgemachten Diamanten ein hübsches Stück Geld erzielen können, aber er hat die Gefahr, die ihm aus dem Behalten der Steine erwuchs, nicht auf sich nehmen wollen, weil er nur einen ganzen großen Schlag machen wollte. Bloßstellen wird sich der Mensch also nicht so leicht. Es erscheint mir am einfachsten, Sie, Herr Bollhardt, bleiben unter irgend einer Maske, etwa als Angestellter, hier im Schreibsalon im Hotel. Da können Sie sich ungezwungen bewegen und weiteres Material sammeln.“

„Das dauert zu lange“, machte Inspektor Brandt wieder geltend.

„Ueberstürzung kann alles verderben, wir müssen Geduld haben“, bestimmte der Chef. „Ich werde Herrn Allmers das Erforderliche mitteilen.“

Der Hotelbesitzer atmete beruhigt auf, als der hohe Kriminalbeamte ihm mitteilte, der Kriminalkommissar Bollhardt werde vom kommenden Tage ab als Gehilfe seiner Tochter im Pefesalon tätig sein. „Ich denke, in ein paar Tagen werden wir Licht in die Sache

— Nach einer Meldung aus Wien ist der erste stische Dampfer unter jüdischer und gleichzeitig englischer Flagge unter dem Namen „Der Vorläufer“ See gestochen.

— **Türkei: Revision des türkischen Friedensvertrages.** Wie der „Secolo“ aus Paris meldet, beschwerten die Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Friedens mit der Türkei nicht allein auf die Weigerung des Landes, den Vertrag zu unterzeichnen. Auch Italien ernste Ursachen, seine Zustimmung zu verweigern, ebenso Amerika, das den Bulgaren den Hafen von Debagatich Teile von Osttrazien zugesprochen hatte, die nun Griechenland besetzt werden. In diplomatischen Kreisen Paris halte man es für nicht ausgeschlossen, daß Friedensvertrag mit der Türkei einer vollständigen Neuarbeit unterworfen werden müsse.

Weggen: Anerkennung der flamischen Rechte.

— In der belgischen Kammer gab anlässlich einer Diskussion über die Ereignisse, die sich in Antwerpen im goldenen Sporenfest abspielten, der Minister des Innern, Gaspar, eine höchst bedeutsame Erklärung ab. Belgien möchte alle Meinungen frei vertreten werden lassen, selbst die fortgeschrittensten. Der Minister ersuchte wallonischen Abgeordneten, die Führer der flamischen Bewegung nicht Reaktivisten zu nennen. Er forderte sie gegenteilig auf, gewisse flamische Forderungen bewilligen, damit die Geister sich beruhigen können.

Irland: Der entführte General Lucas wiedergefunden.

— Zwischen Vimerid und Tipperary wurde auf der Straße bei Dola von einem Militärautomobil General Lucas aufgefunden, der eben den Händen der Sinnfeiner entronnen war. (Die Sinnfeiner hatten den General im Dola auf einem Ausflug als Geisel festgenommen und bis in die Verborgen gehalten.) Das Militärautomobil geriet dann in einen Hinterhalt, und es entspann sich ein heftiges Gefecht, in dessen Verlauf zwei Soldaten getötet und mehrere verletzt wurden. Das Eintreffen eines zweiten Automobilzuges, der die Angreifer, sich kämpfend zurückzuziehen. General Lucas wurde in die Kaserne zu Tipperary gebracht. — Der Graf von Cort haben Sinnfeiner zwei Militärautomobile überfallen, 25 Mann der Besatzung gefangen genommen, Waffen- und Munitionsvorräte aus den Automobilen geraubt und die Fahrzeuge in Brand gesteckt. Ein anderer mit Truppen gefülltes Auto wurde bei Dola in einen Hinterhalt Vimerid aus dem Hinterhalt beschossen. Die Soldaten wurden getötet, einer verwundet. Eine Militärpatrouille von 12 Mann geriet in der Nähe von Dola in einen Hinterhalt und wurde entwaffnet. An verschiedenen Punkten des westlichen und südlichen Irland wurden Angriffe ausgeführt. Die Sinnfeiner haben das technische Institut von Vimerid in Brand gesteckt. — Der Wirt Rathaller für die irische Grafschaft Wicklow, Frank Brode, wurde in Dublin auf dem Bahnhof Westland Now ermordet, als er den Zug besteigen wollte. Er war Direktor der Nationalbank. Die Täter entkamen.

Litauen: Mäterepublik in Litauen?

— Laut „Kurjer Warszawski“ ist in Kowno die Mäterepublik ausgerufen worden. — In Königsberg werden verlässliche private Nachrichten über die bevorstehende Einnahme der bolschewistischen Propaganda in Litauen verbreitet werden, teilweise von Russen geleitete, bolschewistische Versammlungen abgehalten, worin die Einnahme der Mäterepublik in Litauen empfohlen wird. In Kowno würde ein bolschewistischer Kommissar, Litauen könne unabhängig bleiben, sondern müsse als Bundesstaat dem Ausland wieder angeschlossen werden.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 30. Juli 1920.

Kleine Anfragen.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst, und zwar zwei Stunden lang, über 40 kleine Anfragen erledigt, von denen ein großer Teil nicht beantwortet werden kann, weil die Antragsteller nicht anwesend sind.

Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht.

Bei der Beratung des Gesetzes über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht kommt es zu äußerst stürmischen Szenen. Der Redner der Deutschnationalen, Abg. General v. Gallwitz, hat laum das Wort ergriffen, um die ablehnende Haltung seiner Fraktion zu bekräftigen, als sofort von Seiten

gebracht haben. Ich bitte nur, Herrn Bollhardt völlig freie Hand zu lassen. Niemand wird dann eine Ahnung gewinnen, daß er ein Polizeibeamter ist, und wir werden sicher unser Ziel bald erreichen.“

„Wenn ich mir noch eine Bitte erlauben dürfte, jagte der junge Kommissar zum Schluß, so hat Herr Allmers wohl die Güte, schon heute unauffällig in Gespräch einfließen zu lassen, daß sie Besuch von einem Herrn aus dem Hause vertreten werden wird. Es darf nicht auffallen, wenn ich plötzlich erscheine und dann möchte ich noch das Fräulein ersuchen, morgen früh einige allgemeine Unterweisungen zu geben. Ich werde morgen früh um 7 Uhr hier sein.“

Herr Leo Allmers war ordentlich wieder von angetaner Laune, als sich die Herren nach einem Glase Sekt trennten. Es dauerte wohl noch eine halbe Stunde, bis die Gäste des Gasthofes zur Eisernen Krone zum Rennen zurückkehrten. Keiner von ihnen hat bemerkt, daß die Polizeibeamten im Hause gewesen waren.

Es schlug gerade sieben Uhr am nächsten Morgen, als Fräulein Bittze Allmers den Pefesalon in der ersten Etage betrat. Sie war in bester Stimmung, denn, als sie gestern Abend den Gästen mitgeteilt hatte, daß sie für einige Tage wohl nicht zugegen sein werde, hatte man allgemein ihr bevorstehendes Fernbleiben bedauert. Das war eine schmeichelhafte Bemerkung für sie gewesen.

Jetzt schritt sie erwartungsvoll der Begegnung mit dem jungen Kriminalkommissar entgegen. Bollhardt hatte ihr gefallen. Er war ein bescheidener, liebenswürdiger Herr, der so ganz und gar nichts von einem Polizeibeamten an sich hatte und am allerwenigsten einen Kriminalpolizisten vermuten ließ, der Jagd auf schwere Verbrecher machte. Schade, daß sie nicht mit ihm zusammen im Schreibsalon tätig sein sollte, das wäre einmal eine interessante Abwechslung gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Herr von Zimmer Nr. 19.

Kriminalroman von Walter Frand.

7) (Nachdruck verboten.)

Das geschah. Die drei Herren blieben allein, und der Chef nahm sofort das Wort.

„Ich denke, meine Herren, wir dürfen mit dem Beginn unserer Nachforschungen zufrieden sein, denn der Kreis derjenigen Personen, die als mögliche Täter in Betracht kommen, ist nur klein. Unser erstes Gebot für die weiteren Ermittlungen wird sein, nichts von Einzelheiten an Herrn Allmers mitzuteilen, was nicht unbedingt erforderlich ist. Denn der Herr ist von seinen Gästen, obwohl er weiß, daß sich ein Dieb unter denselben befindet, so eingenommen, daß die Gefahr besteht, er wird sich verraten. Darum ihn auf den Ausgang verdrängen.“

Die beiden Beamten verbeugten sich zustimmend. „Die Himmernachbarn von Nummer 20“, erklärte der Herr von Zimmer weiter, „sind uns der Person noch nicht bekannt. Wir haben aus Tatsachen, die wir in ihren Räumen festgestellt haben, wertvolles Material geschöpft, wollen aber davon absehen, hieraus bestimmte Verdachtsmomente zu schöpfen, denn wir müssen erst die Bekanntheit dieser Herren machen. Für eine Verhaftung genügen die Feststellungen nicht, und legen wir uns auf einer falschen Fährte fest, so könnte uns der Dieb gemächlich entziehen.“

Während der Kommissar Bollhardt sein Einverständnis bezeugte, meinte der Kriminalinspektor Brandt: „Ich fürchte, wenn wir zögern, kann uns der Dieb, oder diese Diebespaar, erst recht entziehen. Denn wir will sagen, daß die Bewohner der Zimmer Nr. 19 und 21 nicht zusammen gearbeitet haben? Ueber die Gründe einer solchen Handlungsweise läßt sich erst etwas sagen, wenn uns die Persönlichkeiten der beiden Herren bekannt sind, aber die Annahme, daß es sich um Komplizen handelt, würde die Schwierigkeiten dieses Falles sofort vereinfachen und vieles, ja alles erklären. Gegen keinen der beiden Männer bestand irgend welcher Verdacht, und wenn sie im Einverständnis miteinander waren, konnte der eine völlig ungeniert handeln,

unabhängigen stürmische Unterbrechungen einlegten. aus der Redner davon spricht, daß diejenigen zu beneiden seien, die draußen unter dem grünen Regen und den Niedergang des Reiches nicht zu erleben brauchen, bricht ein ohrenbetäubender Lärm bei den Unabhängigen los, die wild auf den Redner eindringen und ihm entgegenstürzen: „Sie sind schuld an dem Zusammenbruch! Ihr seid die Massenmörder, die die Millionen auf dem Gewissen haben!“ Abg. Hoffmann (U. Soz.) ruft: „Der Fluch der Generationen wird Euch treffen!“ Von der Rechten erschallen stürmische Pfui-Rufe. Als endlich Ruhe eintritt, schließt General Gallwitz unter stürmischem Beifall der Rechten mit den Worten: „Preis und Heil dem deutschen Heer und der deutschen Marine!“ Da bricht der Lärm von neuem los bei den Unabhängigen, die dauernd rufen: „Nieder mit dem Heere und dem Militarismus!“ Als dann Abg. Rosenfeld (U. Soz.) zur Tribüne schreitet, verlassen die Abgeordneten der Rechten geschlossen den Saal.

Die Deutsche Volkspartei stimmt, wie Abg. v. Kardorff (D. Rp.) dann ausführt, dem Entwurf nur zu, weil er die Folge des Spaa-Abkommens ist. Das deutsche Volk habe der allgemeinen Wehrpflicht unendlich viel zu danken. Auch für die Erziehung und die Volksgesundheit war sie ein Segen.

Abg. Schilling (Dem.) begründet einen Antrag, der Maßnahmen fordert, um die früher mit der allgemeinen Wehrpflicht verbundenen erzieherischen Wirkungen durch Einführung eines allgemeinen wirtschaftlichen Dienstjahres für die männliche und weibliche Jugend zu erzielen.

Auch die übrigen Redner Schöppin (Soz.), Dr. Herschel (Ztr.), Leitz (Bahr. Rp.) und Dr. Haas (Dem.) stimmen unter den obwaltenden Umständen dem Entwurf zu. Nach einem kurzen Schlusswort des Reichswehrministers wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Die Kohlensteuer.

Es folgt die zweite Lesung des Gesetzentwurfs zur Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuerergesses bis zum März 1921.

Abg. Reil (Soz.) hat die schwersten Bedenken gegen die Vorlage und verlangt, daß die Reichsregierung in drei Monaten Vorschläge über die Sozialisierung der Kohlenwirtschaft macht.

Abg. Eichhorn (U. Soz.) lehnt die Steuer als wirtschaftsfeindlich und die breiten Massen des Volkes belastend, ab.

Die Vorlage wird in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der dritten Lesung des Gesetzes über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit liegt ein Änderungsantrag sämtlicher bürgerlicher Parteien zu § 1 vor, wonach die Militärgerichte für Verfahren in Kriegszeiten und für Verfahren gegen die an Bord von Kriegsschiffen eingeschifften Angehörigen der Reichsmarine nicht aufgehoben werde.

Nach kurzer Debatte wird der Änderungsantrag im Hammersprung mit 188 Stimmen der bürgerlichen gegen 168 Stimmen der beiden sozialistischen Parteien und einer Demokratin angenommen.

Die in der zweiten Lesung durch eine Zufallsmehrheit abgelehnten Absätze des § 9 über die Untersuchungshaft werden wieder hergestellt.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 31. Juli 1920.

Die Entwaffnungsvorlage im Reichstag.

Der Reichstag hat heute mit der Beratung des Gesetzes über die Entwaffnung der Zivilbevölkerung begonnen, das uns ebenso wie das gestern verabschiedete Gesetz über die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht durch das Diktat von Spaa aufgesteuert ist.

Reichsminister des Innern Koch leitet die erste Lesung ein. Wir können die Aufgabe der Entwaffnung, zu der uns das Abkommen von Spaa verpflichtet, nur lösen mit dem Volke, nicht gegen das Volk. Die Zahl der noch im Besitze der Bevölkerung befindlichen Waffen kann auch nicht schätzungsweise angegeben werden. Zur Durchführung der Entwaffnung soll ein Reichskommissar eingesetzt werden, der völlig unparteiisch vorgehen soll. Bis zu einem noch festzulegenden Zeitpunkt sind alle Militärwaffen abzuliefern, das Gleiche gilt für die Munition. In erster Linie soll die Sicherheitspolizei herangezogen werden. Die Hauptzahl der Waffen befindet sich in den Händen derjenigen, die einen Angriff von der anderen Seite befürchten. Wir müssen endlich wieder ein Kulturvolk werden, das mit geistigen Waffen kämpft. Die Regierung bittet alle Parteien um ihre Unterstützung.

Der Königsberger Polizeipräsident Abg. Lübbert (Soz.) hat gegen die Vorlage große Bedenken. Er fordert auch die Entwaffnung der Einwohnerwehr und der Selbstschutzbünde.

Abg. Ernst (U. Soz.): Die Gerüchte über große Waffenlager der Arbeiterpartei beruhen auf verlogenen Spitzelberichten. (Widerspruch rechts.) Die Mitglieder der Einwohnerwehren trafen über die Entwaffnungsaktion der Regierung.

Bahr. General Dr. v. Preger erklärt, daß die bayerische Regierung sich jetzt, nachdem die Entwaffnung der Einwohnerwehren festgesetzt ist, dieser Pflicht nicht entziehen werde.

Abg. Dr. Noelle (Dnat.): Eine Entwaffnung kann nur zum Heile Deutschlands gereichen, wenn die radikalen Elemente ihre Waffen abliefern. Die Selbstschutzbünde sollen nur der Verteidigung dienen. Wenn die Regierung uns nicht schützen kann, dann müssen wir uns selbst schützen.

Abg. Dr. Haas (Dem.): Es im allgemeinen deutschen Interesse, daß die Waffen aus den Händen der Unbefugten herauskommen.

Abg. Frau Zetkin (Kommunistin) lehnt jede Wehrbewehrung der Arbeiterschaft ab.

Nach weiterer Aussprache wird die Vorlage einem Ausschuss überwiesen.

Der Rothhaushalt.

Hierauf wird die zweite Lesung des Rothhaushalts fortgesetzt beim Reichspostministerium, nachdem man gestern den Etat des Reichswehrministeriums erledigt hatte. Am Mittelpunkt der Ausdrache stand das Ulla-

Sparz und Ernst.

U. Handwerks- und Gewerbezeihen. Mancher gute alte Brauch hat sich im Handwerk und Gewerbe erhalten und verdient es, erhalten zu werden. Die Handwerker, die es nicht sein wollen, sondern ihren Betrieb Fabrik und sich Fabrikanten nennen, bilden glücklicherweise noch die Minderheit, ja die Worte „Meister“ und „Gefelle“ sind wieder zu größerem Ansehen gelangt, und das Maschinenzeitalter, das dem Handwerk verhängnisvoll zu werden drohte, dürfte ihm vielleicht noch eine neue Blüte bringen. Mit dem Stolz auf das Handwerk, das man erlernt hat und betreibt, dürfte auch der Stolz auf die Zeichen und Abzeichen wieder wachsen, die von altersher gebräuchlich sind, und man dürfte sie außer in Innungslokalen und Gesellenherbergen auch wieder hier in der Öffentlichkeit antreffen. Das Zeichen aber der Färsiekt ein langes Firmenschild und wird noch eher betrachtet als dieses und schon von weitem erkannt und verstanden. Der goldene Stiefel kündigt den Schuhmacher, der goldene Handschuh den Handschuhmacher, der Schlüssel den Schlosser an, der Steinhauer hängt in Rad heraus, der Uhrmacher eine Uhr, der Bildhauer ein Faß, der Barbier ein Messingbecken, der Schmied einen zierlichen Ambos. Diese Zeichen und Erkennungszeichen sind so praktisch, daß auch Nichthandwerker sich welche zulegen haben und als Auszeichnungschild benutzen, hingewiesen sei nur auf die goldenen Zylinder der Kolonialwarenhändler, die Fische der Fischhändler, die Schirme der Schirmgeschäfte. Wo ein solches Emblem angebracht ist, erlirbt sich das Suchen. Der Anblick der Straße aber wird durch die klaren und blühenden Zeichen bewegter, fröhlicher, man empfindet ihre Einzigartigkeit nicht so, und das ist mit ein Grund, für sie einzutreten und ihre Anwendung zu befürworten. Die Meinung, es sei nicht fein und modern, sein Handwerk und Gewerbe auf diese Weise kenntlich zu machen, muß entschieden zurückgewiesen werden.

U. Der Islandmohn ist ein Bruder des Ratschnohns in unseren Getreidefeldern, hat aber vor diesem den Vorzug, daß er in mannigfaltigeren Farben und länger als dieser blüht. Man nennt ihn auch „nachthengelsigen Mohn“. Aus dem über der Erde sich ausbreitenden dichten hellgrünen Blattwerk kommen von Ende Mai an die zahlreichen Blüten, die an blätterlosen, dünnen, drahtartigen Stielen von etwa 30 Zentimeter Höhe. Der Mohn, der in Blume, Haltung und Wuchs dem Apenmohn gleicht, diesen aber in Größe der Blumen und Blühwilligkeit übertrifft, blüht in drei Hauptfarben: gelb, reinweiß und rot. Daneben bestehen noch einige Zwischensorten und gestreifte Varietäten. Die Dauer der Blütezeit erstreckt sich bis in den September hinein, weshalb diese Pflanze als Saisonblume für Gruppen dienen kann. Vorzügliche Verwendung findet der Islandmohn bei Stauden- und Gehölzgruppen auf sonnig gelegenen Felspartien. Die Haltbarkeit der Blumen ist im Gegenfatz zu anderen Mohnarten viel größer, weshalb sie sich vorzüglich zur Ausschmückung von Rasen und zur Winderei eignen. Die Anzucht der Pflanzen geschieht aus Samen, den man alljährlich selbst in großen Mengen gewinnen kann. Er wird in Samenkästen oder Samenschalen im Mai oder Juni oder auf ein Beet im Freien auf leichter, sandiger Erde ausgesät, ganz fein mit feingesteibter Erde bedeckt und bis zum Keimen gleichmäßig feucht und schattig gehalten, was am besten durch übergedeckte Tannenzweige erreicht wird. Nach genügender Kräftigung sind die Pflanzen an den für sie bestimmten Standort zu bringen, am besten in sonniger Lage auf leichtem Boden. Man kann auch eine zweite Aussaat machen, die noch für den Herbst Blumen bringt. Für den Winter sind die Wurzelstöcke vor Frost zu schützen.

Brief aus der Reichshauptstadt.

— Berlin, 31. Juli.

In den letzten Tagen sind in Berlin verschiedene „Wohlfahrts-Unternehmungen“ von dem Wohlfahrtsministerium mit Beschlag belegt worden. Hierdurch wird endlich einmal die öffentliche Aufmerksamkeit auf den großen und gewerbmäßig betriebenen Gründungswindel hingelenkt.

Welchen Umfang dieser Wohlfahrtswindel durch Vereine und Gründungen aller Art, die fälschlicherweise unter dem Deckmantel der Gemeinnützigkeit arbeiten, heute noch hat, beweist Regierungsrat Dr. Ernst Behrend vom Berliner Volkswohlprüfstand in einer Abhandlung, die er in der Zeitschrift „Volkswirtschaft“ des preussischen Sozialwissenschaftlers veröffentlicht. Die altertümlichen Gründungswindler treten wieder auf; neue haben sich ihnen zugesellt. Für sie war und bleibt Berlin die Zentrale. Hier wurde durch Reden, Versammlungen und Sammlungen der Grundstock gelegt. Gut bezahlte und provisionslästerne Werber wurden in die Provinzen und Länder entsandt. Von Berlin aus wurden Hamburg, Hannover und die reichen Provinzen des westlichen Deutschlands, in die durch Krieg und Revolution große Gewinne geflossen waren, überschwemmt und abgegrast.

Die „Bekämpfung des Bolschewismus“ war nach der Revolution eines der beliebtesten Schlagworte der Reingründungen. Dadurch wurden einmal diejenigen Institute, die in der Bekämpfung des Bolschewismus und in der Ausfüllung über seine Ideen ernüchterte und wertvolle Arbeit leisteten, diskreditiert, auf der anderen Seite wurde das opferfreudige Publikum durch die Schwindelunternehmungen auf die nicht beträchtliche Art ausgebeutet. Es gelang, allein in

Veranstaltungen zu rekrutieren. Sogar des Vaterlandes im Osten und Westen, Wiederaufbau der Heimat, Schutz der Gefangenen, Bücheraktionen für Lazarette, Zusammenschlüsse nationaler und internationaler — im übrigen aber unpolitischer — Art, bis herab zum Schutze der Prostituierten waren und sind die angeblichen Ziele einer großartigen Propaganda. Die Öffentlichkeit hat keine Ahnung, wie systematisch hier gearbeitet wird. So verschwanden und verschwinden heute Hunderttausende, ja Millionen Mark.

Die großartigste dieser Schwindelgründungen war eine Zentrale von Unternehmungen, die unter dem Namen „Aufbau-Zentrale“, „Aufbau-Partei“ und „Zweckverband Oberschlesien“ blühten und erst dieser Tage durch die Behörden unschädlich gemacht wurden. Aus den beschlagnahmten Papieren geht hervor, daß in etwa vier Monaten 1200 000 Mark gesammelt worden sind; von diesem Betrag sauberten sich in den Kassen und auf den Bankkonten keine 20 000 Mark mehr, dagegen — eine Selbstrechnung über 2000 Mark, außerdem war ein Ausfluß der Angestellten mit 5402 Mark als Ausgabe verbucht. Von der Million ist nicht ein einziger Pfennig für die Abstimmung in Oberschlesien verwandt worden. Zum Teil flossen die Gelder als Provision in die Taschen der „Akquisiteure“, die über das Wesen des „Zweckverbandes“, wie aus den beschlagnahmten Briefen hervorgeht, kaum im Unklaren waren. Sämtliche Beteiligten sind der Staatsanwaltschaft angezeigt worden. Die Sammlungen wurden auf Grund eines Aufrufs veranstaltet. Trotz aller Warnungen, die von der Reichsbank und den Handelskammern gegen den „Zweckverband Oberschlesien“ verbreitet wurden, gelang es den Schwindlern, immer wieder neue Summen aufzutreiben.

Kurz nach Ausbreitung des Millionenwindels der „Aufbauzentrale“ und des „Zweckverbandes Oberschlesien“ in Schöneberg sind zwei weitere „Wohlfahrts-Unternehmungen“ unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Diesmal war es eine „Vereinigung zur Erhaltung des Deutschtums in den national gefährdeten Gebieten“, gegen die auf Grund der Bundesamtverordnung wegen unerlaubter Sammlungen eingeschritten werden mußte. Sie hatte im ganzen etwa 160 000 Mark gesammelt. Die Werber erhielten 12 v. H. Provision, die Vorstandsmitglieder je 7 v. H. der Einnahmen. An der Spitze des Unternehmens stand ein Oberleutnant a. D., der bis Anfang dieses Jahres eine „Zentralstelle für soziale Ausfüllung“ geleitet hatte, die ebenso überflüssig war wie seine zweite „Gründung“. Die „Zentralstelle“, die sich auch Abteilung für deutsche Propaganda in Oberschlesien, Ostpreußen und Schleswig-Holstein nannte, verfolgte nach außen dieselben Zwecke wie der oben erwähnte „Zweckverband Oberschlesien“. Sie verdrängte Werber von Haus zu Haus, und ihre Aufrufe begannen: „Niemals, niemals darf Oberschlesien ...“ Dieses Unternehmen war vollkommen überflüssig, denn alle für das Grenz- und Auslandsdeutschtum in Betracht kommenden Vereine waren schon damals im November v. Js. in dem „Deutschen Schutzbund für das Grenz- und Auslandsdeutschtum“ (Schloß Bellevue) vereinigt.

Ein zweites ungeheures größeres Unternehmen, das „Hilfswerk für unsere unterernährten Kinder“, wurde ebenfalls behördlich geschlossen. Organisiert wurde dieser Wohlfahrtsverein von dem aus dem West-Deutschen Kulturbund rühmlich bekannten Kaufmann Franz de Grouffiller. Eine Untersuchung ist eingeleitet. Von den Wirkungen dieses „Hilfswerks“ ist bisher nichts an die Öffentlichkeit gedrungen, jedoch ist anzunehmen, daß die gesammelten Gelder der Höhe der vom „Zweckverband Oberschlesien“ aufgetragenen Summen nicht viel nachstehen.

Bis die Behörde allen diesen Unternehmungen auf den Grund geht und die staatliche Kontrolle zugreift, ist es meistens zu spät, die oft sehr hohen gesammelten Beiträge zu retten. Allein das Publikum selbst hat es in der Hand, den Gründungs- und Wohlfahrtswindler rechtzeitig das Handwerk zu legen, indem es den Werbern äußerste Vorsicht entgegenbringt und die Zwecke der Sammlung einer genauen Prüfung unterzieht.

Wer Geschäfte machen will, muß inserieren!

Aus Stadt und Land.

„Verdächtige Kanonen“. Die Meldung französischer Blätter, daß im Schwarzwald Geschütze eingegraben seien und ihre Mündung drohend auf Strahburg richteten, hat eine heitere Aufklärung gefunden. In der Tat ist der Ort Schenkenfeld an der badisch-württembergischen Grenze im Besitze einer österreichisch-ungarischen Flak-Batterie, die durchgehende ungarische Truppen als Pfand zurücklassen mußten, da sie die angeforderten Lebensmittel nicht bezahlen konnten. Die Gemeinde beabsichtigt, aus den Geschützen Glocken für ein dringend benötigtes Geläute herstellen zu lassen. Dieser Tatbestand ist in Gegenwart französischer Herren angeführter festgestellt worden.

Kleine Anfragen.

* In Reulensburg (Westfalen) ist eine Ruhrepidie ausgebrochen. Von 70 Gefangenen verließen 9 tödlich.

* Hugo Stinnes kaufte die unterhalb Bingen gelegene Rheinburg Hoheneck. Der Kaufpreis beträgt eine Million Mark.

* In einem Gasthof in Meiningen wurde ein Hochzeitspaar aus Berlin festgenommen, das Unterschlagungen und Betrügeln in Höhe von einer halben Million begangen hat.

* In Peltum bei Hamm starben nach dem Genus von Giftspitzen vier Personen, während zwei andere hoffnungslos erkrankten.

* Auf dem Kölner Südbahnhof flogen acht Personen in einen für die alliierten Offiziere reservierten Wagen ein. Sie wurden vom englischen Kriegsgericht zu je 200 Mark Geldstrafe verurteilt.

Volkswirtschaftliches.

U. Berlin, 31. Juli. (Börse.) Am Wochenschluß zeigte die Börse heute ausnahmsweise ausgeprochen feste Haltung. Ausgehend vom Montanmarkt setzte eine Hausbewegung ein, die auf fast alle Marktgebiete übergreifen konnte. Die ausländischen Zahlungsmittel waren wenig verändert. Das Finanzmarktgeschäft in Gold war mit 178 Mark erhältlich.



* Ein Brand brach an Sonntag früh in einer hiesigen Konditorei aus. Zum Opfer fielen eine beträchtliche Menge fertige Sachen sowie Mehl und etwa 3/4 Zentner Zucker. Der Schaden ist nicht durch Versicherung gedeckt.

Bekanntmachungen.

beir. Ermittlung des Bedarfs an Kleingärten.
Zur Ermittlung des Bedarfs an Kleingärten im Bezirke des Landkreises Wiesbaden, mit Ausnahme der Stadt Wiesbaden a/M., werden Gartenpachtbewerber hiermit aufgefordert bis spätestens zum 15. August 1920 bei dem unterzeichneten Kleingartenamt für den Landkreis Wiesbaden Lessingstraße 16 einen schriftlichen Antrag auf Zuweisung von Kleingartenpachtland einzureichen.

Die Bearbeitung der Erbschaftsteuerförmchen aus dem Stadt- und Landkreis Wiesbaden, die bisher durch das Erbschaftsteueramt in Kassel erfolgte, geschieht von jetzt ab durch das Finanzamt Abteilung für Erbschaftsteuer Nicolassstraße No. 3/4.

Bierstadt, den 2. August 1920.

Der Bürgermeister Hofmann.

Das eigene Interesse eines jeden Mieters erheischt Mitglied des Mieterschutz-Vereins Bierstadt zu sein.

P. G. B. Am Freitag den 6. d. Mts. abends 8 Uhr findet im Vereinslokal zum Rebenstock eine

Mitgliederversammlung

statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung wird um recht zahlreiche Beteiligung gebeten.

Der Vorstand.



Turnverein Bierstadt

Eingetragener Verein.

Heute Abend 8 Uhr

Vorstandssitzung

im Gasthaus zum Adler Westher Lud.

Brühl. Um pünktliches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.

Einkaufsgenossenschaft f. Kleintierzüchter
G. G. m. b. H.

Hafer und Gerstenkleie sind eingetroffen. Ausgabe erfolgt morgens und abends.
Der Lagerhalter Rösner Langgasse 4.

Gewerbeverein Bierstadt.

Nach uns zugewandener Mitteilung des Zentralvorstandes besteht die Möglichkeit, daß Handwerker und Gewerbetreibende bei der Vergebung von Arbeiten und Lieferungen für Frankreich und Belgien schon jetzt berücksichtigt werden können. Für Handwerker erfolgt die Vermittlung durch die Vermittlungsstelle der Hand-

werkskammer. Für andere Betriebe, die zur Handwerkskammer nicht beitragspflichtig sind, beabsichtigt der Zentralvorstand die Vermittlung zu übernehmen. Wir erlauben daher alle Betriebe (Firmen), die ein Interesse daran haben, sich an solchen Arbeiten und Lieferungen für Frankreich und Belgien zu beteiligen, sich umgehend bei dem Vorsitzenden des Lokalgewerbevereins zu melden mit der gleichzeitigen Angabe, welcher Ort und von welchem Umfang die Lieferungen angeboten werden. Die Preise müssen mit den Weltmarktpreisen konkurrieren.

Auf Veranlassung des Zentralvorstandes des Gewerbevereins für Nassau veranstaltet der hiesige Lokalgewerbeverein am nächsten Samstag den 7. August abends 8 Uhr im „Gasthaus zum Taunus“ einen Vortragsabend. Herr Dr. Görke von der Steuerberatungsstelle der Handwerkskammer Wiesbaden hat sich bereit erklärt über das sehr zeitgemäße Thema „das Reichsnotopfer“ zu sprechen. Da das Gesetz über das Reichsnotopfer sowohl für das Handwerk wie auch für alle anderen Berufe hochwichtige, in das Berufsleben tief eingreifende Bestimmungen enthält, über deren Bedeutung in fast allen einschlägigen Kreisen noch vielfach Unklarheit herrscht, so hoffen wir durch diese Veranstaltung dem dringenden Wunsche vieler zu entsprechen. Aus diesem Grunde beschränkt sich der Vortrag nicht nur auf unsere Vereinsmitglieder. Vielmehr sind alle Berufsstände zu demselben aufs freundlichste eingeladen.

Der Vorstand: J. A. Rupp, Vorsitzender.

Gemeinnützige Nassauische Möbelvertriebs-Gesellschaft WIESBADEN m. b. H. Mühlgasse 7.

Lieferung gediegener

Küchen-,

Schlaf- und Wohnzimmer-Einrichtungen

für Kriegsteilnehmer und Minderbemittelte.

Teilzahlung

ohne Preiserhöhung gestattet

Billige Preise für Schuhreparaturen.

Bei uns kosten Ihre Schuhsohlen die Hälfte, weil unser Goliath-Leder doppelt so lange hält, wie jedes andere beste Kernleder. Herren- u. Damen-Sohlen, welche eher wie in 3 Monat. durchgelaufen sind, ersetzt wir umsonst d. neue Sohlen.

Herren-Sohlen je nach Größe und Stärke **30—40 M.**

Damen-Sohlen je nach Größe und Stärke **25—35 M.**

Kinder-Sohlen entsprechend billiger.

Vorschuh, Riester, sowie alle

Reparaturen billigst und gut.

Schuhe werden umsonst abgeholt und zurückgebracht.

Telephon 6074.

Goliath - Schuhgesellschaft

Wiesbaden, Coulinstr. 3, am Michelsberg.

Wallhalla- Lichtspiele

Wiesbaden Mauritiusstr.

Asta Nielsen.

Der Jackelträger

Schauspiel in 5 Akten.

Teufelchen.

Ein heiteres FilmSpiel in 4 Akten mit

Hilde Wörner.

Bilder

werden gut u. billig eingerahmt, sowie bleichen u. reinigen derselb-

Willy Roth, Wiesbaden, Bleichstrasse 17.

Reparaturen an Uhren u.

Goldwaren

werden sauber ausgeführt bei

M. Heine, Wiesbaden, Wellritzstr. 4

Uhrmacher und Juwelier.

Auf I. oder II.
Hypothek
für Beträge von **8000 bis 10000 M.** auszuliehen. Offerten an die Expedition dies. Blattes.
Weinfässer
neue 40—60—80 Liter
1/4 und 1/2 Stück
gebrauchte 1 Heft
1/4 und 1/2 Stück
frischer Verzierung.

Partie neue Erntestricke Stück 35 Pfg.
sol. Vorrat auch Bahnverwand bei schriftl. Auftrag. H. Sauer.
Wiesbaden Götzenstraße 16.
Fernruf 5971.

50 M. Belohnung
Denjenigen, der mit die Person nachhaft macht welche mir die Kasseffeln im Fährten Ochsenmorgen gestohlen hat, daß ich dieselbe zur Anzeige bringe kann.
L. Deuf.

Bohnen-schneidmaschinen
in großer Auswahl.
Schärfen von Bohnen-schneidmaschinen innerhalb eines Tages.
G. Eberhardt, Wiesbaden, Messerschmied, Langgasse 46.

Bierstadt, evangelische Kirche

Sonntag den 8. August 1920 4 Uhr nachmittags

Kirchen-Konzert

Ausführende: Frau Gilda Pfaff, Freiburg (Mezzosopran)
Herr Musikdirektor Heinrich Pfaff, Freiburg, (Bariton)
Herr Aug. Pfaff, Violoncello und Herr Wilh. Heuß, Orgel
Kompositionen von Bach, Händel, Mendelssohn, Heine, Pfaff, Hugo Wolf und andere. Eintritt 2 M.

Kartenvorverkauf im Zigarrengeschäft Lud. Scheurer, Langgasse und Sonntags an der Kirche.

Für Hotels und Wirte

empfehle:

Fass- und Flaschenweine, — Schaumweine, Spirituosen und Liköre
direkt ab Lager zu sehr günstigen Preisen.

Franz Schulz, Weinkommission
Wiesbaden, Adelheidstrasse 95.

Trauringe

Dukatengold 900 gestempelt

18 kar. Gold 750

14 kar. Gold 585

8 kar. Gold 333 gestempelt von 30,— an.

Enorme Auswahl stets am Lager.

Bok, Kirchgasse 70
gegenüber Mauritiusplatz
Wiesbaden.

Elektr. Heizkörper, Kocher, Heizplatten

Brennschalenwärmer, Haartrockenapparate aller Systeme werden fachgemäß und billigst repariert.
Bügelisen eigener Anfertigung.

Krämer & Münch, Wiesbaden, Adlerstr. 2,
Werkstatt: Am Kaiser-Friedrich-Bad.

Vor Maul- u. Klauenseuche

schützen meine

Spezial-Vorbeugungs-Mittel

seit einer Reihe von Jahren bewährt und anerkannt

Schloßdrogerie Siebert, Wiesbaden, Marktstr. 9.

Herren-Sohlen . . . 34.— M.

Damen-Sohlen . . . 27.— M.

Prima Arbeit, garantiert Reuleder.

Schuhmacherei Simon,

Wiesbaden, Römerberg 39, 1. Stock, Ecke Röderstraße.

Mainz Nur kurze Zeit!

Schöfferhof, Schusterstr. 18/20

Volks-Museum

Der Mensch

Hammers anatomische Original-Ausstellung

Täglich geöffnet für Damen und Herren über

18 Jahre, von morgens 10—8 Uhr abends.

Eintritt 2 Mark.

Führer 50 Pfg., illustriert Mk. 1.—.

Letzte Woche

Schluss am 8. August, abends 8 Uhr.

Metzgerei-Einrichtung

ganz und geteilt

1 große Messing-Balkenwage, 1 Marmor-

theke, 1 großes Eiskühlhaus, 1 Marmor-

metzgerbank, 1 Schleifstein, 1 Plattenwage,

1 Salzkiste, 3 gr. Hackklötze, verschiedene

Fleischhaken und Gestelle, verschiedene

Adern, Messer, Hackbeile, Spalter usw.

Mainz, Brand 6, parterre.